Einzelnummer 60 Mark

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung

Bezugspreis: Für auswärts monatlich M. 1200.— einschl. Zustellgebühr. Durch die Post innerhalb Deutschlands frei ins Haus geliefert: monatlich M. 1400.— und Bestellgebühr. Auslandsversand: monatlich M. 1400.— und Drucksachen-Porto. — Das Leipziger Tageblatt erscheint täglich morgens, außer nach Sonn- und Feiertagen. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörungen berechtigt weder zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse 8. Fernsprecher 7090—7099. Anzeigen- u. Abonnements-Annahme in der Geschäftsstelle, allen Filialen, sowie in Berlin, Ullsteinhaus.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 70.—, für ausw. Inserent. M. 115.—. Sonderpreise: Familienanz. v. Priv. die mm-Zeile M. 15.—, Gelegenheits-Anzeigen (priv. Natur) und Stellenangebote, die mm-Zeile M. 35.—, Stellengesuche die mm-Zeile M. 30.—, amtl. Bekanntmachung n. Doppel-mm-Zeile M. 140.—, für ausw. M. 220.—, Reklame 72 mm breit, die mm-Zeile M. 350.—, für auswärtige M. 500.—, Auslandsanzeigen mit Valuta-Aufschlag. Bei Wiederholung Nachlaß. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. — Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung der Anzeigenaufträge und Leistung von Schadenersatz. — Postscheckkonto Leipzig 3904. Druck und Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H., Leipzig. Berliner Schriftleitung: Im Ullsteinhaus. Fernsprech-Anschluß: Dönhoff 3660—3663.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 25 — Dienstag, den 30. Januar 1923 — 117. Jahrgang

Bayern und seine Faschisten

K. Sch. Leipzig, 29. Januar

Knilling enttäuscht. Am Sonnabend ging ein Aufatmen durch die Lande, als man aus München erfuhr, daß das Kabinett Knilling sich endlich aufgerafft hatte, energisch gegen die nationalsozialistischen Unruhestifter, die Garde Hitlers, vorzugehen. Diese nach militärischer Art organisierte „Partei", die nach dem Muster der Faschisten Mussolinis zunächst einen Staat im Staate bilden und dann die Staatsgewalt selbst an sich reißen möchte, hatte auf Sonnabend, den 27. Januar, ihren Parteitag nach München einberufen und im Anschluß daran eine Fahnenweihe mit großen Festlichkeiten und Kundgebungen unter freiem Himmel geplant. Die bayerische Regierung, die bisher das gewalttätige Treiben der Nationalsozialisten geduldet, ja sogar begünstigt hatte, sah ein, daß Veranstaltungen dieser Leute unter freiem Himmel für alle Verfassungstreuen ein Aergernis, für die republikanische Arbeiterschaft aber geradezu eine Herausforderung bilden und deshalb jetzt, da die Franzosen im Ruhrgebiet stehen, doppelt gefährlich sein würden. Und verbot sie. Aber Hitler und sein Anhang versicherten, auf das Verbot pfeifen zu wollen. Der staatlichen Gewalt wollten sie ihre Gewalt entgegensetzen. Das war offene Rebellion, war Verhöhnung und Bedrohung der Landesregierung, eine Handlung, die das Reichsgesetz zum Schutze der Republik mit schweren Strafen bedroht. Die bayerische Regierung brauchte also nur einmal mit fester Hand nach rechts zuzugreifen — wie sie sonst nur nach links zugriff — und das Republikschutzgesetz auf die Rebellen anzuwenden. Dann wäre der Hitler-Garde der Uebermut wohl vergangen.

Aber das Kabinett Knilling verschmähte diesen einfachen, gesetzmäßigen Weg. Warum? War ihm im Augenblick das Reichsgesetz zum Schutze der Republik entfallen? Oder —? Kurz, das Kabinett Knilling machte es anders. Etwas mußte ja geschehen, das war klar, etwas Kräftiges. Das Kabinett Knilling durfte die prächtige Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne zu zeigen, daß es Mut und Kraft hat und — selbst bei Nationalsozialisten — keine Unbotmäßigkeit duldet. Diesmal konnte es ja wagen, den Herren Hitler und Genossen die Faust zu zeigen, denn ihr aufreizend freches, die Abwehrfront gefährdendes Benehmen in der Stunde der nationalen Bedrängnis hatte selbst die Freunde und Gönner der Nationalsozialisten in den Reihen der (deutschnationalen) Bayerischen Mittelpartei und der (klerikalen) Bayerischen Volkspartei arg befremdet. Und so griff die bayerische Regierung zu dem alten Hausmittel aller Regierungen, die mit ihrem Latein zu Ende sind, zum Ausnahmezustand. Der Minister des Innern Schweyer wurde zum „Generalstaatskommissar" ernannt, der die Vollmacht hat, sich zur Sicherung der öffentlichen Ordnung über die Verfassungsbestimmungen zum Schutz der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, des Brief- und Fernsprechgeheimnisses und anderer staatsbürgerlicher Rechte hinwegzusetzen.

Seine erste Handlung war, daß er, noch am Freitag abend, angekündigte Versammlungen verbot, aber nicht etwa nationalsozialistische oder sonst antirepublikanische, sondern — sozialdemokratische! Versammlungen, die nicht unter freiem Himmel, sondern in geschlossenen Räumen stattfinden sollten. Und seine zweite Handlung war — daß er das Verbot nationalsozialistischer Versammlungen unter freiem Himmel für Sonnabend — wieder aufhob. Der nationalsozialistische Parteitag konnte also ganz programmäßig mit Musikumzügen und Meetings auf öffentlichen Plätzen vor sich gehen, als ob es gar keinen Ausnahmezustand gäbe. Die republikanische Bevölkerung aber mußte entweder zu Hause bleiben oder mindestens den Mund halten, sonst hätte sie den Ausnahmezustand zu fühlen bekommen.

Bayerische Dinge haben für außenstehende Europäer immer etwas Rätselhaftes. Aber dieses neueste Knillingsche Regierungskunststückchen ist doch das Tollste, das sich selbst Altbayern bisher geleistet hat. Der Schlüssel ist vielleicht darin zu suchen, daß sich der Münchener Reichswehrgeneral — wie einst in der Kapp-Putsch-Nacht sein Vorgänger — in die Politik eingemischt hat. Es wird behauptet und ist bisher nicht bestritten worden, daß Hitler dem General v. Lossow ehrenwörtlich versprochen habe, keinen Putsch zu machen, und daß der General daraufhin die Regierung zur Zurücknahme des Verbots bewogen habe. Nach dieser Lesart wäre das Kabinett Knilling einem ungesetzlichen militärischen Druck gewichen. Daraus ergibt sich für den Reichswehrminister die dringende Pflicht, den Fall zu untersuchen, ihn vor der Oeffentlichkeit klarzustellen und, wenn die obige Darstellung richtig ist, den General schleunigst von seinem Posten zu entfernen. Dadurch läßt sich der Schaden, der aus dem Vorgang in gleicher Weise für das Ansehen der bayerischen Regierung und für den Reichsgedanken erwachsen ist, zwar nicht wieder gut machen, aber einer Wiederholung vorbeugen.

Wenn aber die Geschichte vom General von Lossow nicht richtig sein sollte, so müßte die Lösung des Rätsels anderswo gesucht werden. Ein zweiter Schlüssel scheint die Haltung der Presse zu sein, hinter der die Schwerindustrie steht. Die Münchener Neuesten Nachrichten, das süddeutsche Stinnes-Blatt, hat am Sonnabend morgen das Vorgehen der Regierung gegen die Nationalsozialisten gemißbilligt und der Regierung den Rückzug „empfohlen", indem es die ganze Sache als ein „Mißverständnis" bezeichnete. Wenn man bedenkt, daß Nationalsozialisten über reiche Geldmittel verfügen, die sicher nicht aus Mitgliedsbeiträgen stammen, sondern ihnen von sehr kapitalkräftigen Gönnern zufließen, von Gönnern, die ein starkes Interesse an einem durch Schwächung der Sozialdemokratie zu erreichenden Abbau der Arbeiterschutzgesetzgebung haben — —, dann ist der Zusammenhang zwischen Hitler und der Presse der Schwerindustrie nicht schwer zu erraten. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß die mächtigen Geldgeber der Nationalsozialisten und der Münchener Neuesten Nachrichten einen Druck auf das Kabinett Knilling ausgeübt haben.

Und wie will sich dieses nun aus der Affäre ziehen? Will es zurücktreten? Nein! Will es den Minister Schweyer, den „Generalstaatskommissar", opfern? Auch nicht! Das von den Münchener Neuesten Nachrichten verbreitete Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt Schweyers wird halbamtlich für falsch erklärt. Wenn es überhaupt eine Aenderung gibt, dann höchstens die Absetzung des Münchener Polizeipräsidenten, der pflichtgemäß vor der nationalsozialistischen Gefahr gewarnt und dadurch die Regierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes bewogen hat. Aber vielleicht geschieht auch nichts, und es wird, wie in Bayern üblich, fortgewurstelt. Die Hitler-Faschisten bleiben obenauf und die Republikaner werden eingesperrt, wenn sie sich rühren.

Der kritische 1. Februar

Vorläufig noch keine Verkehrsbeschränkung — Der Streik als letztes Gegenmittel

Essen, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes.) Die Einkreisung des Ruhrgebietes ist jetzt vollkommen durchgeführt. Die Truppen haben die vorläufig festgesetzten Punkte des Halbkreises erreicht, dessen Sehne der Rhein bildet und der im Osten Hörde und Lünen im Bogen einschließt. Wohl hat der Widerstand der Arbeiter und Eisenbahner die Pläne gehindert, aber die Franzosen hatten Zeit genug zu ihrer Ausführung. Wirtschaftliche Maßnahmen sind bisher noch nicht erfolgt, und der Verkehr ist noch unbeschränkt, doch ist mit Sicherheit sehr bald eine Verschlimmerung der Lage zu erwarten. In unterrichteten Kreisen bezeichnet man die Nacht zum 1. Februar als Zeitpunkt für das Inkrafttreten wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen. Dieser Zeitpunkt ist mit Rücksicht auf die mit Sicherheit zu erwartende Nichtzahlung der am 31. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark Reparationsschuld anzunehmen.

Was dann mit der Kohle geschehen soll, ist völlig ungewiß. Es ist bei der ungeheuren Menge täglicher Förderung unmöglich, die Kohlen lange auf die Halden zu schütten. Der Streik ist nur als allerletztes Mittel zu denken. Die Bevölkerung will die ungeheure Verantwortung für die unausdenkbaren Folgen eines Streiks nicht auf sich nehmen. Auch der passive Widerstand der gewerbetreibenden Bevölkerung ist ein zweischneidiges Schwert, denn die Franzosen haben schon gestern erklärt, daß sie sich Maßnahmen vorbehalten, wenn wieder Geschäftsleute nicht an Angehörige der fremden Truppen verkaufen wollen.

Sie behaupten auch, daß die Eisenbahner durch Sabotage — Unbrauchbarmachung von Weichen, Drehscheiben und Lokomotiven — versucht hätten, den Verkehr lahmzulegen, und daß die Bahnhöfe von Düsseldorf und Aachen mit Absicht so verstopft seien, daß jeder Güterverkehr unmöglich ist. Die Franzosen drohen, mit strengen Strafen gegen jeden vorzugehen, der bei Sabotageakten betroffen wird. Gelänge es nicht, die Täter zu entdecken, so würden die Vorgesetzten bestraft, von ihren Posten entfernt und durch französische Beamte ersetzt werden. Die deutschen Eisenbahner bestreiten jede Sabotage und führen die Unfälle und die Verstopfung der Bahnhöfe auf die Eingriffe der Franzosen zurück. In Düsseldorf ist die Ruhe wieder vollständig, aber die Polizeistunde bleibt weiter auf 10 Uhr beschränkt.

Die Essener Postbeamten haben den für heute geplanten Streik auf Weisung von Berlin aufgegeben, dagegen wird der Fernsprechverkehr immer schwieriger, weil die Franzosen immer mehr Leitungen für ihre Zwecke mit Beschlag belegen. In Düsseldorf wurde heute wegen angeblicher Sabotage von Dienstgesprächen der Fernverkehr von Berlin und Hamburg auf einige Stunden eingestellt.

In der gestrigen Konferenz des Pressechefs mit Vertretern der Auslandspresse wurde auf Anfrage offiziell zugestanden, daß ein großer Teil der Lothringer Hochöfen aus Mangel an Ruhrkoks stillgelegt werden mußte.

Ein Husarenstückchen der Eisenbahner

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Essen, 29. Januar.

Aus ganz Deutschland laufen im Ruhrgebiet große Kohlenbestellungen ein, da man stündlich die Errichtung der Zollgrenze erwartet und anderseits die Kohlenpreise sehr gestiegen sind. Die Hauptsorge der Eisenbahner ist, jetzt noch das rollende Material noch vor Schließung der Zollgrenze vor dem Zugriff der Franzosen zu retten. 13 der neuen schweren Zugmaschinen konnten von den Koblenzer Eisenbahnern ins unbesetzte Gebiet gerettet werden. Auf dem Bahnhof Diez versuchte der französische Kommandant den Transport aufzuhalten, aber gegen die mit Eilzugsgeschwindigkeit dahinrasenden Maschinen war er machtlos. In sinnloser Wut befahl er darauf seinen Soldaten, die Schienen aufzureißen. Infolgedessen ist der Bahnhof ab Sonnabend nachmittag für die durchfahrenden Züge unpassierbar. Wie die Franzosen behaupten, stehen äußerst strenge Maßnahmen bevor, um die deutsche Sabotage, wie sie sich ausdrücken, zu brechen.

Weiterer Vormarsch?

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Paris, 29. Januar.

Die Chicago Tribune will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß im Falle eines Generalstreiks im Ruhrrevier die französischen Truppen weiter vormarschieren werden, und zwar sollen dann Wesel, Barmen, Hamm und Elberfeld besetzt werden.

General Weygand und Minister Le Trocqueur sind gestern abend wiederum in das Ruhrgebiet abgereist, um eine enge Verbindung mit den Besatzungsbehörden zwecks Ausführung der in den letzten Tagen einstimmig beschlossenen Maßnahmen sicherzustellen. In ihrer Begleitung befinden sich der Direktor der Bergwerke Guilleaume und der Generalsekretär des Obersten Eisenbahnrates Beneist.

Poincaré hatte sich bereiterklärt, am kommenden Freitag, den 2. Februar, die Interpellation der Kammer zu beantworten. Unter den obwaltenden Umständen wird der Premierminister möglicherweise nach einer kurzen Erklärung einen neuen Aufschub verlangen, den das so gut wie einmütige Vertrauen der Kammer ihm ohne Vorbehalt gewähren wird.

Le Trocquers „geheime Maßnahmen"

Von unserem Pariser Mitarbeiter

P. Paris, 28. Januar

Herr Le Trocquer, Minister der öffentlichen Arbeiten, ist soeben von seiner Ruhrinspektion zurückgekehrt und erstattete unmittelbar nach seiner Ankunft am Quai d'Orsay Bericht über das Ergebnis seiner Expedition. Von einer Gruppe englischer und französischer Journalisten, die das Auswärtige Amt belagerte, konnte man folgendes erfahren:

„Der allgemeine Eindruck ist ausgezeichnet. Die „Operationen" entwickeln sich planmäßig. Der Widerstand besonders auf seiten der Arbeiter ist im Nachlassen begriffen. Führer von großen Gruppen haben dem Minister versichert, daß sie gern arbeiten, wenn ihnen ein genügender Lohn ausgezahlt werde. Der Minister hat zugesagt, daß dies geschähe, und daß auch eine Hungersnot keineswegs zu befürchten wäre. Es gäbe im Ruhrgebiet nur eine einzige Schwierigkeit: die der deutschen hohen und höheren Beamten, die mit der Schwerindustrie verbündet seien. Sobald sie unschädlich gemacht sind, wird sich das Leben normal gestalten.

Maßnahmen sind getroffen, die eine Art wirtschaftliche Autonomie des besetzten Gebietes schaffen werden. Es sei dies um so leichter, als das natürliche Hinterland des Ruhrgebietes nicht das unbesetzte Deutschland, sondern die Rheinprovinz und Lothringen seien. Allerdings mangele es noch an Zollbeamten und technisch geschultem Personal, damit die geplante Abschnürung sofort effektiv werden könne. Aber man könne schon heute sagen, daß in wenigen Tagen kein Wagen Ruhrkohle mehr ohne Genehmigung der zuständigen französischen Stellen ins unbesetzte Deutschland gelange. Bis jetzt wäre es Deutschland relativ leicht gewesen, die Ruhrbesetzung zu ertragen. Durch seine Agitation unter den Arbeitern und Beamten wäre es ihm gelungen, den Franzosen wirtschaftliche Schwierigkeiten zu machen. Zweck der jetzt geplanten und in der Ausführung begriffenen Maßnahmen sei, den deutschen Einfluß vollständig zu unterbinden und den Bewohnern des Ruhrgebietes begreiflich zu machen, daß es vorläufig in ihrem Interesse liege, der französischen Verwaltung und ihren Befehlen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Im übrigen würden alle wirtschaftlichen und finanziellen Einzelfragen in kürzester Frist bis in die kleinsten Details geregelt werden."

Dies alles entspricht so ungefähr dem, was das französische Volk durch seine Zeitungen von der Regierung zu hören gewohnt ist. Richtig ist an der Darstellung vor allem der Zweck, der im Ruhrgebiet verfolgt wird: „Autonomie", das heißt wirtschaftliche und politische Vergewaltigung ähnlich dem Saargebiet, und zwar nicht für kurze Dauer, sondern auf lange Sicht; damit parallel gehend die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, das man durch die täglich wachsende Not moralisch zermürben will, daß es in chaotische Bruchstücke zerfällt, die sich dann einzeln unter den Schutz Frankreichs stellen würden.

Von diesem offenkundigen Zweck abgesehen, der durch den zynischen Bericht Le Trocquers nur noch unterstrichen wird, ist an der Darstellung des Ministers selbst nach der Ueberzeugung wirtschaftlich denkender Franzosen so ziemlich jedes Wort unrichtig. Man weiß hier schon seit Tagen, daß die ganze Ruhrexpedition, wirtschaftlich betrachtet, bis jetzt einen ungeheuren Fehlschlag bedeutet. Herr Poincaré, mehr aber noch Herr Millerand, hatte es sich kinderleicht vorgestellt: Hunderttausend Mann mit Roß und Wagen und Kanonen, dazu einige Ingenieure als Fassade, bestenfalls als Ueberwachungsorgane — der eine oder der andere hohe deutsche Beamte würde vielleicht streiken, aber er wäre leicht zu ersetzen — auf die Hüttendirektoren würde der Zwang wirken — und die Arbeiter wären froh, französisches Weißbrot zu essen, und stolz darauf, für die französische Schwerindustrie Kohlen zu fördern. Alle diese Hoffnungen sind jämmerlich zu nichts geworden. Herr Coste erhielt einen Verweis von Le Trocquer, General Degoutte einen solchen von Fochs Liebling Weygand. Und da man nicht in der Lage war, zweckentsprechende wirtschaftliche Maßnahmen ausfindig zu machen, ersann man ein ganzes System von Gewaltakten, die in den nächsten Tagen schon zur Ausführung gelangen werden. Le Trocquers „Geheimbericht" ist eine Aufzählung dieser Maßnahmen, wozu General Weygand im Auftrage des Marschalls Foch noch die näheren Anweisungen geben wird. Die einzelnen Punkte des neuen Programms sind ja bekannt: Abschnürung des